

# GEW - Zeitung Rheinland-Pfalz

11+12/2023

Foto: Kathrin Gröning



Wut, Frustration und Anregungen  
über und für Bildungspolitik

Kundgebung in Mainz  
„Hoch die Hände: Bildungswende“  
(S. 4 - 7)

## „Wir brauchen Konzepte für jede einzelne Schule“

von Günter Helfrich



Auch wenn immer Zweisprache unterrichten sollen, müssen bei krankheitsbedingten Ausfällen Vertretungen übernehmen. Trotzdem lobt die Rektorin den Gräfenausche und die Stimmung an der Schule, ähnlich wie an der Gräfenausche und der Lina-Pfaff-Realschule plus in Kaiserauern, über die Paul Schwarz im Sommer berichtete. Verallgemeinern lässt sich auch das Resümee: „Wir brauchen Konzepte für jede einzelne Schule und ihre Besonderheiten.“ Das baut doch in einer Zeit der schlechten Nachrichten allenfalls auf, wenn guter Journalismus und engagierte Pädagogik aufeinander treffen.

### Auf ein Neues 2024

Ach so, fast vergessen: Das ist schon wieder die letzte GEW-Zeitung in diesem Jahr. Die nächste erscheint als Aufgabe 1-2 / 2024 erst wieder im Februar kommenden Jahres. Die Gründe sind bekannt: Im Dezember wird unser Fortbildungsprogramm der Bundeszeitung belegt, im Januar erscheint die E&W aus Kostengründen nicht. Aktuelle Informationen von der GEW gibt es aber weiterhin und regelmäßig auf den diversen Internetpräsenzen von Bund und Land. Um die Defizite der durchaus lernwilligen Kinder zu mindern, insistieren die Kolleg:innen dort auf eine personelle Ausstattung, die der prekären Lage der Schule gerecht wird. Den Beweis brachte neulich ein weiterer Artikel: Zum ersten Mal seit Beginn des Schuljahres gab es fachliche Unterstützung von Lehramtsstudierenden. Durch individuelle Betreuung lernschwacher Kinder wurden dadurch beträchtliche Fortschritte erzielt. Das macht doch Hoffnung.

### Wir sind „bescheiden“

Das ist schon komisch, angemessene Worte zum Jahreswechsel zu finden, wenngleich die ersten Blätter fallen und die Winterstimmung

– zum Glück – noch weit weg.

### Kein Einzelfall

Dass die Gräfenausche kein Einzelfall ist, zeigten Reaktionen aus anderen Stadtteilen. Mundenheim heißt einer, der viele Herausforderungen bietet. Der Ortsbeirat debattierte die Misere, und das Kollegium der dortigen Grundschule, der Schülerschule, hat nun die Forderungen ihrer Kolleg:innen aus dem Hemshof aufgegriffen. In der „Rheinpfalz“ war zu lesen: „Wenn alle gleich behandelt werden, ist es noch lange nicht gerecht, denn dann haben Dorfschulen große Vorteile gegenüber Schulen in der Großstadt.“ Damit spielte die Konrektorin auf die Klassengrößen an. 22-23 Kinder seien hier an der Regel, der Klassenteiler von 24 werde sogar zeitweise überschritten. Dagegen würden an Dorfschulen zwei Klassen gebildet, wenn 26 Kinder angemeldet seien. Die Rektorin betonte: „Wir sind randvoll, die Klassen sehr groß, kleinere Klassen wären eine deutliche Erleichterung: Ein großes Problem sei – so heißt es weiter – auch die starke Fluktuation an der Schule. Fast täglich würden Kinder an- und abgemeldet. Die Personalrätn verweis auf eine sehr enge Personalecke: Kräfte, die eigentlich Deutsch als

dingt die Politik-, Kultur- oder Wirtschaftsseiten sein, auch der Lokalteilt bietet hervorragende Informationen über das Geschehen vor Ort. Ein gutes Beispiel ist die Berichterstattung über die eklatanten Probleme an der Gräfenausche im Ludwigshafener Kreuzberg, dem Hemshof. Um all die Defizite der durchaus lernwilligen Kinder zu mindern, insistieren die Kolleg:innen dort auf eine personelle Ausstattung, die der prekären Lage der Schule gerecht wird. Den Beweis brachte neulich ein weiterer Artikel: Zum ersten Mal seit Beginn des Schuljahres gab es fachliche Unterstützung von Lehramtsstudierenden. Durch individuelle Betreuung lernschwacher Kinder wurden dadurch beträchtliche Fortschritte erzielt. Das macht doch Hoffnung.

Ach so, fast vergessen: Das ist schon wieder die letzte GEW-Zeitung in diesem Jahr. Die nächste erscheint als Aufgabe 1-2 / 2024 erst wieder im Februar kommenden Jahres. Die Gründe sind bekannt: Im Dezember wird unser Fortbildungsprogramm der Bundeszeitung belegt, im Januar erscheint die E&W aus Kostengründen nicht. Aktuelle Informationen von der GEW gibt es aber weiterhin und regelmäßig auf den diversen Internetpräsenzen von Bund und Land. Um die Defizite der durchaus lernwilligen Kinder zu mindern, insistieren die Kolleg:innen dort auf eine personelle Ausstattung, die der prekären Lage der Schule gerecht wird. Den Beweis brachte neulich ein weiterer Artikel: Zum ersten Mal seit Beginn des Schuljahres gab es fachliche Unterstützung von Lehramtsstudierenden. Durch individuelle Betreuung lernschwacher Kinder wurden dadurch beträchtliche Fortschritte erzielt. Das macht doch Hoffnung.

## Alarmierende Ergebnisse

**D**ie GEW Rheinland-Pfalz schlägt ein Maßnahmenbündel gegen die starke Gesundheitsgefährdung und das hohe Burnout-Risiko vor, denen Schulleitungen laut den Ergebnissen einer Online-Befragung ausgesetzt sind.

„In allererster Linie müssen sich die Arbeitgeber verpflichten, Schulleitungskräften regelmäßige Belastungsstudien und Präventionsmaßnahmen anzubieten. Denn was angesichts der Arbeitszufriedenheit nach Traumjob klingt, entputzt sich wegen der Arbeitsbelastung und der Entgrenzungswerte als gesundheitsgefährdend: der Beruf der Schulleitung“, sagt GEW-Landesvorsitzender Klaus-Peter Hammer mit Blick auf eine Online-Befragung von Schulleitungen, die die Bildungsgewerkschaft Ende September in Mainz vorstellt.

Die Daten belegen, dass die Leitungskräfte an Schulen hochgradig belastet sind. Sie weisen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in unserer Datenbank deutlich erhöhte Anforderungen auf, aber nur wenig kompensierende günstige Faktoren“, sagte Matthias Nübling, Geschäftsführer der Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften GmbH (FAW) und Studienleiter. Er stellte einige ausgewählte Befragungsergebnisse vor: So erklärt 83,6 Prozent der leitenden Kräfte, dass sie „oft“ oder „immer“ mit hohem Tempo arbeiten. 71,8 Prozent geben an, „selten“ oder „nie“ Pausenzeiten einhalten zu können. Die Gesamtskala „Quantitative Anforderungen“ liegt mit 74 Punkten rund 20 Punkte über dem deutschen Durchschnitt aus allen Berufen (55) bzw. über dem Berufen in der öffentlichen Verwaltung (54) und zehn Punkte über dem Durchschnitt an Schulen (64). Für 86,5 Prozent ist die Arbeit „in hohem Maß“ oder „in sehr hohem Maß“ emotional fordern – auch dies sei ein sehr deutlich erhöhter Wert gegenüber dem Durchschnitt aller Berufe. Bei den leistungsspezifischen Fragen gaben 80,8 Prozent an, dass „ziemlich oder sehr“ zutreffe, dass die Leitungsaufgaben keinen Freiraum für eine gründliche Vor- und Nachbereitung des Unterrichts liefern. 54,1 Prozent meldeten zurück, dass sie „oft“ oder „immer“ körperlich erschöpft seien. 44,6 Prozent kommen „oft“ oder „immer“ in die Schule, obwohl sie krank sind, weitere 30,6 Prozent sagten, dass sie



Und was soll man nach all den schlimmen Ereignissen seit der Jahrzehntewende auch sagen: Wir sind ganz „beschissen“ und wünschen allen Menschen guten Willens, wo immer sie auch leben, ein neues Jahr, das endlich wieder Frieden bringt, uns vor dem Wiederaufleben von Corona verschont und uns nicht schon wieder vor die Heimsuchung mit einer neuen Katastrophe stellt. //

## Online-Befragung zur Arbeitsbelastung von Leitungskräften an Schulen in RLP

„manchmal“ täten. Trotzdem antworteten 55,8 Prozent, dass sie „oft“ oder „immer“ von ihrer Arbeit begünstigt seien. „Einerseits stark belastet, andererseits hochmotiviert: Das ist eine ungünstige Kombination“, betonte Ralf Becker, GEW-Bundesvorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung. Deshalb kämen Burnout-Symptome bei Schulleitungen „deutlich häufiger vor“ als bei anderen Berufsgruppen.

### Lösungsvorschläge der GEW

- ⇒ Regelmäßige Belastungsstudien durch die Arbeitgeber.
- ⇒ Verpflichtende Präventionsmaßnahmen durch den Arbeitgeber.
- ⇒ Politische Maßnahmen:
- ⇒ Ressourcen für Bildung stärken.
- ⇒ Die schlechte Ausstattung der Schulen sorgt für eine wachsende Arbeitsbelastung der Schulleitungen. Deshalb ist eine gesicherte, nachhaltige Ausstattung der Schulen ein wichtiger Faktor, um Belastungsfaktoren zu verringern.
- ⇒ Entlastung durch zusätzliches Personal (auch IT-Administratoren und Verwaltungsfachkräfte).
- ⇒ Entlastungsstunden für Leitungskräfte und zusätzliche Funktionsstellen.
- ⇒ Bessere Bezahlung.
- ⇒ Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel (s. 15-Punkte-Programm der GEW).

### Info:

Die Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften GmbH (FFAW) hat die Studie im Auftrag der GEW erstellt. Sie nutzte den „Copenhagen Psychosocial Questionnaire“ (COPSOQ), einen breit erprobten Fragebogen zur Messung psychosozialer Faktoren am Arbeitsplatz, der anonym ausgefüllt wird. Die FFAW hat damit bereits über 1.500 Projekte mit über 600.000 Befragten absolviert. Von März bis Mai dieses Jahres beteiligten sich 796 Mitglieder von Schulleitungen. Zwei Drittel davon Frauen, ein Drittel Männer. 47,7 Prozent arbeiten an Grundschulen, 14,9 Prozent an Gymnasien und jeweils 9,6 Prozent an Beruflichen Schulen und Förderschulen.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz spielt in den Schulen eine immer größere Rolle. Eine gesetzlich vorgeschriebene, flächendeckende Gefährdungsbeurteilung nach dem Arbeitsschutzgesetz gibt es aber bisher nur in einigen wenigen Bundesländern. Um die spezifischen Belastungen der Schulleitungen zu erkennen, hat der GEW-Hauptvorstand in Kooperation mit dem städtischen Landesverband Hamburg und dem Landesverband des Rheinlandes Rheinland-Pfalz eine Pilot-Untersuchung zu deren Belastungen auf Grundlage des COPSOQ-Fragebogens initiiert. Das Verfahren ist ein Projekt, das auch in anderen Bundesländern zur Befragung der Schulleitungen angewendet werden kann. //



W.l.n.r.: Ralf Becker, GEW-Hauptvorstand, Klaus-Peter Hammer, GEW-Landesvorsitzender, Sabine Müller, GEW-A6 Schulleitungen  
Foto: Sina Fabian

## Wut, Frust und Anregungen über und für Bildungspolitik

### „Hoch die Hände: Bildungswende“

von Dr. Paul Schwarz

**V**iele Menschen treibt um, was momentan in der Bildungspolitik nicht oder zu wenig geschieht. Fünfhundert Erzieher:innen, Lehrer:innen, Eltern und Schüler:innen gingen am 23. September in Mainz am Dom auf den Markt, um für eine „Bildungswende JETZT“ zu demonstrieren.

Über 170 Bildungsorganisationen, Eltern- und Schülervertreterungen und Gewerkschaften haben sich bundesweit zum Bündnis „Bildungswende jetzt“ zusammen geschlossen. Mehr als 70 000 Menschen haben die Online-Petition, die sich mit dem gleichnamigen Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz, die Bundesregierung, die Abgeordneten des Bundestags sowie die Ministerpräsidenten der Länder und an die Kultusministerkonferenz richtet, bereits unterzeichnet. Am 23. September gingen 25 000 Menschen in 29 Städten bundesweit auf die Straße, um mit Nachdruck die vier Forderungen des Appells zu unterstützen:

1. Schule und Kitas zukunftsstätig und inklusiv zu gestalten,

2. eine Ausbildungsoffensive für Lehrer:innen und Erzieher:innen,

3. Ein Sondervermögen für Bildung von 100 Mrd. Euro und jährlich 10% des BIP für Bildung und Forschung und,

4. einen Bildungsspiel mit Vertretern der Zivilgesellschaft und Bildungspraxis.

Denn Deutschland steckt in einer der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der Bundesrepublik. Bundesweiten fehlen 100 000 Kitaplätze und 560 000 Lehrkräfte. Der Mangel an Fachkräften steigt immer weiter und trifft auf ein veraltetes und unterfinanziertes Bildungssystem, das ungerecht ist. Die krassen Folgen spüren die Kinder, die Bildungsbeschäftigte im Kitas und Schule, die Eltern und die gesamte Gesellschaft.

Klaus-Peter Hammer, der GEW-Vorsitzende Rheinland-Pfalz, sagte in einem Interview: „Die geplanten Kürzungen des Bundes im Bildungsbereich sind aus meiner Sicht fatal. Es ist eine absolute falsche Entscheidung.“ Er bezeichnete den gesamten Bildungsbereich schon jetzt als chronisch unterfinanziert. Die derzeitige Bundesregierung habe die Dramatik der Auswirkungen auf die Gesellschaft vielleicht nicht verstanden. Personal sei gerade so viel vorhanden, dass das System laufe, doch man habe es versäumt, Rahmenbedingungen etwa für Lehrkräfte zu verbessern. Die Schulerneideten ihm zurück,

dass sie ihrem Bildungsauftrag nicht mehr schaffen könnten, wenn sie nicht bald personelle und fachliche qualifizierte Unterstützung bekommen. Die Folge sei, dass zahlreiche Schüler und Schülerinnen den Schulabschluss nicht schaffen.

Hammer eröffnete die Protestaktion auf der Bühne mit den Worten „Wir haben einen Plan aus allen Bevölkerungsgeschichten, wir müssen laut sein, wenn wir etwas erreichen wollen. Wir kämpfen für euch, Schulen besser zu machen, dafür sind wir da. Wir kämpfen für unsere Kinder in Deutschland, die Bildungslandschaft zu verändern und mehr Chancengleichheit zu schaffen“. Und unter starkem Beifall endete seine Rede mit den Worten „Unsere zentrale Forderung: 100 Milliarden Euro Sondervermögen“, denn Geld sei da, „Wir haben einen langen Atem“.

Moderiert wurde der Nachmittag von Markus Sänger, dem Mit-



Fotos Seite 4 - 7: Paul Schwarz und Kathrin Gröning

(Kitas-Fachverband) nannen die gegenwärtigen Kitas „keine hochwertigen Bildungseinrichtungen“. Aus der Hirnforschung wüssten wir, was Kinder brauchen, aber die Gesellschaft und die Politik erfüllten das nicht. Es fehle der politische Wille, hier etwas zu ändern.

Leopold Stöberlein-Klein, ein lärmäßig behinderter Junge, sage unter dem Beifall der Protestierenden in Mainz, „Ihr fordert von uns gegen über Erwachsenen unseren Respekt, das fordern wir auch von euch“. Der „Bürgerat Bildung und Lernen“ forderte ein neues Schulfach „Lernen fürs Leben“, eine Ausstattung der Schulen, dass man sich wohl fühlt, Chili- und Lehrräume für alle Schulen, Tablets für alle Schülerinnen und Schüler, einen Schulstart ab 9.00 Uhr und ein selbstständiges, individualisiertes Lernen. „Schülerinnen und Schüler sollen lernen, wie es ihnen am besten gefällt, z.B. Einzel oder Gruppenarbeit“. Als Pflicht sollte die Ausbildung von Lehrkräften im IT-Bereich eingeführt werden. Der Sprecher des Landesverbands der Kita- und Schulfördervereine Rheinland-Pfalz, Dr. Asif Stokel-Karim: „Kinder sind unsere Zukunft. Dafür müssen wir endlich etwas tun. Wir als Eltern müssen auch mehr als bisher mit den Betreuern und den Lehrpersonen sprechen, um die ganze Bildung zu entfalten und vor allem auch die Inklusion zu stärken.“

Zum Schluss sagte Markus Sänger, ihm falle zu dieser Politik nichts mehr ein. „Wir sind in einer Bildungskrise, und wenn man ökonomisch denkt, muss man in Krisen investieren, damit man aus dieser Krise rauskommt“. Deshalb sei es aus seiner persönlichen Sicht sehr kritisch, dass wir jetzt gerade an der Bildung sparen, denn Bildung sei essentiell. Und unter starkem Jubel riefen den Teilnehmer:innen zu: „Wir sehen uns hoffentlich bald wieder“ //



Erzieherinnen wie Claudia Theobald

Leonhard Vierbuchen, Studentenvertreter (LASS GEW), sprach von „armutsgefährdeten Studierenden“, die meistens neben dem Studium arbeiten, um finanziell zurecht zu kommen. „Die gegenwärtige Bildung akzeptieren wir nicht, wir brauchen von der Kita bis zur Hochschule eine echte Bildungswende.“

Der regionale Elternvertreter aus Trier, Reiner Schmidtweller, forderte einen Bildungsgipfel mit Leuten nicht nur aus den Ministerien. „Bildung muss bei den Leuten draußen ankommen, keines unserer Kinder darf verloren gehen. Denn sie sind unsere Erzieherinnen wie Claudia Theobald

## Paul Schwarz im Gespräch mit Teilnehmenden

### Wie sieht Ihr Blick auf die Bildungspolitik aus?

„Wir sind völlig unterfinanziert, haben zu wenig Personal, Schülerinnen und Lehrerinnen gehen auf dem Zahnhfleisch, wir brauchen mehr Geld.“

### Liegt nur am Geld?

Auch am Geld, vor allem brauchen wir Konzepte und starke Veränderungen der Struktur.

### Was wollen Sie konkret in der Schule ändern?

Wir müssen das dreigliedrige Schulsystem abschaffen. Wir brauchen eine Schule für alle, um allen Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden. Wir brauchen mehr Förderung und müssen stärker den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler nachkommen.

### Und was ist mit den Migrantinkindern?

Hierbedarf es zusätzlicher Ressourcen, vor allem was das Lernen der deutschen Sprache angeht. Wir müssen lernen, mit Heterogenität in der Schule umzugehen. Wir brauchen eine bessere Ausstattung, um allen Schulbeteiligten gerecht zu werden, und müssen durch mehr Personal die Überlastung der Lehrkräfte abbauen.

Sylvia Sund

### Ihre Forderungen?

Als Vertreter der Förderschulen in Rheinland-Pfalz fordere ich mehr Personal und mehr Räumlichkeiten, auf die wir schon seit Jahren warten. Die Kinder brauchen gute Bildung, gutes Personal. Wir sind nicht mehr auf einem guten Weg, sondern bewegen uns in einer Abwärtsspirale, die mir Angst macht.

### Liegt nur am Geld?

Ohne Geld wird es nicht gehen, aber es braucht auch mehr junge Menschen, die bereit sind, in den Lehrberuf zu gehen und sich zu engagieren. Wir brauchen Eltern, vor allem auch die Eltern der zugewanderten Kinder, die stärker mit den Pädagogen zusammenarbeiten und auch schwierige Wege miteinander gehen. Es braucht eine Gesellschaft, die hier mitmacht.

### Und wie steht es um die Inklusion?

Wir sind eine Interessenvertretung von Schulleiter:innen in Förderschulen. Das Thema Inklusion liegt uns sehr am Herzen. Wir wünschen uns eine bessere Vernetzung der Fördererschulen mit den allgemeinbildenden Schulen und mehr Beratungszentren.

Wolfgang Grimm, Schulleiter einer Förderschule

### Warum sind Sie hier?

Weil ich das gegenwärtige Bildungssystem schlecht finde. Es wird am falschen Ort gespart. Wir brauchen mehr Lehrerinnen, kleinere Lerngruppen und mehr Geld, denn immer mehr Lehrerinnen melden sich krank, weil sie überlastet sind.

Katja Klein

### Wie sieht es bei Ihnen aus?

In der Kita stört mich der Fachkräftemangel, den man auch nicht beheben kann, wenn man ab und zu Aushilfskräfte einsetzt.

### Erwartung nach dieser Demo?

Hoffentlich ändert sich bald etwas. Wir brauchen mehr den Blick auf die Kinder.

Anna Helena

Auch ich bin in der Kita tätig und beanstände die schlechten Rahmenbedingungen dort. Ich hoffe auf mehr Fachpersonal und mehr Zeit für jedes einzelne Kind.

Dona Barthen



### Warum bist Du hier?

Es ist immer noch mein gewerkschaftlicher Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in allen Bildungsberufen.

### Was stinkt Dir gewaltig?

Diese Lässigkeit und Langsamkeit, mit der die Politik die Anliegen der Gewerkschaften und der Bildung aufgreift.

### Das Hauptproblem?

Nicht die Finanzen, nein, Geld ist genug da. Die Politik muss endlich die Bildung in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen und sich mehr den Kindern und Jugendlichen zuwenden.

Hans-Adolf Schäfer

### Was interessiert Sie hier?

Mein Interesse gilt meinen Kindern und Enkelkindern. Ich fürchte um deren Zukunft, wenn ich den Lehrermangel und die Mängel in den Kitas und Schulen sehe. In ganz Deutschland wird der NC so hoch gehängt, dass es keinen wundert, wenn sich so wenige Leute für den Lehrberuf interessieren.

### Ihre Erwartungen?

Die Bildungs-politik muss mehr Geld in die Hand nehmen für das



Personal im Bildungsbereich, für die Ausstattung der Hochschulen,

die Fortbildung der Lehrkräfte. Wir fordern 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bildung. Das hört sich nach viel Geld an, aber für andere Strukturmaßnahmen oder für die Bundeswehr ist das Geld ja da. Ich war 20 Jahre im Schulelternbeirat tätig. Deshalb bewegt es mich sehr, wenn ich diese desolate Bildung in Deutschland sehe.

Gerhard Wenger

### Fazit:

Für jubelndes Händehoch ist es noch zu früh, aber wenn 25.000 Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gehen, um eine Bildungswende zu fordern, muss die Bildungspolitik handeln, schließlich leben wir in einer Demokratie, in der die Bürgerinnen und Bürger das Sagen haben. //

## Neuer Report der DGB-Jugend:

## Duales Studium verbessern!

**D**er Deutsche Gewerkschaftsbund fordert Politik, Arbeitgeber und Hochschulen auf, die Lern- und Ausbildungsbefreiungen im dualen Studium dringend zu verbessern. Das duale Studium werde seinem Anspruch, akademische und berufliche Ausbildung gut zu verbinden nicht gerecht, außerdem fehle vielen der mehr als 120.000 dual Studierenden der gesetzliche Schutz des Berufsausbildungsgesetzes. Dies sind zwei zentrale Ergebnisse des repräsentativen Reports **Duales Studium, den die DGB-Jugend im September vorgelegt hat.**

Elke Hannack,stellvertretende DGB-Vorsitzende: „Wer qualifizierte Fachkräfte will, muss gute Ausbildungsbefreiungen bieten – das gilt auch für das duale Studium. Wenn ganze 75 Prozent der Befragten dual Studierenden die schlechte Verzahnung von Theorie und Praxis bemängeln, ist das ein eindeutiger Handlungsauftrag an den Gesetzgeber. Wir brauchen klare gesetzliche Vorgaben zur Höhe von Praxisanteilen und zur betrieblichen Qualitäts sicherung. Auch

freien Berufsausübung nach dem Studium. Wir fordern den Gesetzgeber deshalb auf, den Geltungsbereich des BBG auf die Praxisphasen des Dualen Studiums zu erweitern und Bindungsklauseln generell zu verbieten.“

Ein duales Studium soll ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie mit einer dualen Berufsausbildung oder lärmigen Praxisphasen in einem Unternehmen verbinden. Die enge Verzahnung von Hochschule und Praxis gilt als Besonderheit des dualen Studiums. Sie wird von 75 Prozent der in unserem Report befragten dual Studierenden nur als „befriedigend“ oder „ungenügend“ bewertet. 71,1 Prozent der Befragten gaben an, dass sie keine Abstimmung zwischen Hochschule und Betrieb wahrnehmen.

66,9 Prozent der dual Studierenden mussten sich vertraglich verpflichten, nach ihrem Studium im Betrieb zu bleiben. Die Rückzahlungspflicht von Ausbildungskosten im Falle des vorzeitigen Weggangs

*Qualität vor Quantität – dieses Motto muss auch für das duale Studium gelten.*



Foto: DGB

greift für etwa jede\*n Zweite\*n (48,4%) für eine Dauer von zwei bis sechs Jahren nach Studienende. Fast die Hälfte (46,1%) der dual Studierenden muss selbst für notwendige Ausbildungsmittel aufkommen, mehr als zwei Drittel sind mit Bindungsklauseln nach Studienabschluss an ihr Unternehmen gebunden, eine Mindestvergütung im dualen Studium gibt es nicht. In 2022 gab es 120.517 dual Studierende in 1.749 Studiengängen. Das sind 11,4 Prozent mehr als drei Jahre zuvor. Die Zahl der beteiligten Unternehmen hat sich innerhalb des letzten Jahrzehnts um etwa 25 Prozent vergrößert, in 2022 waren es 56.852 Unternehmen. Mittlerweile kann in fast einem Fünftel aller Bachelorstudierengänge im Bundesgebiet dual studiert werden. //

Quelle: DGB

## Aktive Kinder sind resilenter

**K**aum hat das Schuljahr begonnen, rücken auch schon die ersten Prüfungen näher. Schulkinder stecken den Stress offenbar besser weg, wenn sie sich im Alltag viel bewegen, berichten Forschende der Universität Basel.

«Treiben Sie Sport!» Diesen Ratschlag bekamen Erwachsene mittler zu hören, wenn sie über Belastung im Alltag klagen. Sport hilft, Stress abzubauen. Aber gilt das gleichermaßen für Kinder, um den Leistungsdruck zu bewältigen, den sie in der Schule erleben? Ein Forschungsteam um Dr. Manuel Hanke und Dr. Sebastian Ludyga vom Department Sport, Bewegung und Gesundheit ist dem Effekt



Foto: Stock-Fotograf

von höherem Cortisol-Niveau als bei der Stressaufgabe. Diese positive Assoziation verhindert deshalb auch in

der Prüfungssituation, dass die Konzentration des Stresshormons auf ein allzu hohes Level ansteigt.» Neben der Analyse der Speichelproben untersuchten die Forschernden auch die kognitive Reaktion auf die Stressaufgabe, indem sie die Hirnströme der Teilnehmenden mittels Elektroenzephalogramm (EEG) aufzeichneten. In einem weiteren Schritt will das Team diese Daten nun auswerten. «Stress kann das Denken blockieren. Manche kennen das in der Extremform als Blackout», erklärt Hanke. Das Team möchte nun herausfinden, ob sportliche Aktivität auch solche kognitiven Folgen von Prüfungsstress beeinflusst. //

Quelle: Universität Basel

# MITMACHEN LOHNT SICH!



**Akupressur-Set** **Spiel des Jahres 2022 – CASCADIA**



**Hautfarben-Stifte**



**Roundnet-Set**



**BücherGutschein**



**Bluetooth-Box von JBL**



**GEW-Bento Box**



**LEGO-Box Classic**



**Fahrradtasche**



**Weinset Lebenshilfe**



**Spenden**



**Roundnet-Set**



**Roundnet-Set**



**BücherGutschein**



**Fahrradtasche**



**LEGO-Box Classic**

Vorname/Nachname	Telefon
Strasse/Ort	E-Mail
PLZ/Ort	

**Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reffenberger Straße 21, 60469 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Forder den Prämienkatalog an!**  
Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Parolen 2023/2024

## Der Bund steht in der Pflicht für schulische Inklusion

### Ein Meinungsbeitrag von Dr. Brigitte Schumann

**F**ür die menschenrechtskonforme Umsetzung der UN-Bildungsrechtskonvention (UN-BRK) hat der Bund trotz der Bildungsrechts der Länder die Gewährleistungspflicht und die Gesamtverantwortung.

Der für die Umsetzung der Konvention in den Vertragsstaaten zuständige UN-Fachausschuss (CRPD) hat anlässlich seiner Überprüfung des zweiten und dritten Staatenberichts von Deutschland die Rolle des Bundes in seinen Empfehlungen zur Implementation der UN-BRK unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. An den Vertragstaat Deutschland gewandt, lautet die Aufforderung, dass der Bund für die verbesserte Koordination zwischen den Ländern zu sorgen hat und sicherstellen muss, dass die Aktionspläne der Ländern übereinstimmen mit der Konvention sind. Fehlentwicklungen müssen korrigiert werden. Die von deutscher Politik und Verwaltung immer wieder geltend gemachten föderalen Grenzen zwischen den Kompetenzen von Bund und Ländern in schulischen Angelegenheiten sind daher völlig unakzeptabel und müssen überwunden werden.

### Kritiker\*innen im Recht

Den Mangel an Verantwortung übernahm hat die Monitoring-Stelle für die UN-BRK am Deutschen Institut für Menschenrechte wiederholt der Bundesregierung vorgehalten, ohne sich jedoch Gehör verschaffen zu können. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen sind wegen der Verweigerung des Bundes, Gesamtverantwortung für die Völkerrechtslichen Verpflichtungen zu übernehmen, aktiv geworden. Sie haben bislang erfolglos versucht, über den Deutschen Bundestag mit der Forderung nach Einrichtung einer Enquetekommission zur UN-BRK politischen Handlungsdruck zu schaffen.

Der regierungskritische Parallelbericht der Monitoring-Stelle zum deutschen Staatenbericht hat zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Eingriffen an den Fachausschuss, der Unterschriftenaktion des Vereins „Politik gegen Aussonderung“ (PoGA) für die Einrichtung einer Enquetekommission und den öffentlichkeitswirksamen Protestcamp des Elternvereins mittendrin e.V. während der Ausschusssitzung in Genf bewirkt, dass der Fachausschuss leidet und nachdrücklich die Verantwortung des Bundes gegenüber den Ländern eingefordert hat.

### Fehlentwicklung korrigieren!

Die Mängelliste bei der Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung, die der Fachausschuss dem Bund in seinen Empfehlungen zur Bear-

beitung vorgelegt hat, ist lang. Besorgt äußert sich der Ausschuss über die Dominanz des Fördererschulsystems und die zahlreichen Barrieren für Eltern, ihre Kinder mit Behinderungen in allgemeinen Schulen anzumelden. Kritisiert wird die fehlende Zugänglichkeit zu inklusiven Angeboten wegen unzureichender Ausstattung und unzureichenden Beförderungsmöglichkeiten. Vermisst wird eine wirksame Steuerung der inklusiven Schulentwicklung auf der Ebene der Länder und der Kommunen. Der Ausschuss fordert einen umfassenden Gesamtplan für den zügigen Übergang des Fördererschulsystems zu einem inklusiven Schulsystem in enger Konsultation mit den Betroffenen und ihren Vertretungen. Angemahnt wird eine kontinuierliche Weiterbildung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals für inklusive Bildung und Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung gegen fehlgeleitete Vorstellungen von Inklusion. Die Datenbasis über die Inklusionsentwicklung muss verbessert werden. Das gilt insbesondere für die Gruppe der Kinder mit Flüchtliefahrung.

### Bundesregierung und Bundestag am Zug

Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist offenbar unfähig, die notwendigen Korrekturen auf Länderebene vorzunehmen. Sie hat mit der konventionswidrigen Etablierung eines dualen sonderpädagogischen Fördersystems in segregierten Förderschulen und allgemeinen Schulen die Förderschulen zum Teil eines inklusiven Schulsystems inkorporiert. Der Vertreter der KMK hat genau mit dieser Definition der Existenz von Förderschulen vor dem Generalsausschuss verteidigt. Bundesregierung und Bundestag sind mit den Empfehlungen des Fachausschusses aufgefordert, die Weichen für eine menschenrechtskonforme schulische Inklusion zu stellen.

### Keine Ausreden mehr!

Eine Bunderierung, die für sich in Anspruch nimmt, eine wertegeleitete und menschenrechtssasierte Politik betreiben zu wollen, darf sich vor ihrer Völkerrechtslichen Verantwortung nicht wegucken. Die demokratischen Abgeordneten des Deutschen Bundestages müssen die Bundesregierung dazu auffordern, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Wie die Zusammenarbeit von Bund und Ländern für eine inklusive Schulpolitik unter Beachtung der föderalen Verfassung aussiehen kann, dazu hat das Deutsche Institut für Menschenrechte konstruktive Vorschläge gemacht. //

## Finnland, Singapur, Japan: Unterricht bei den PISA-Spitzenreitern

**E**n Blick in die Bildungssysteme anderer Länder kann bezeichnend sein. Alexander Brand hat sich deshalb nach seinem Lehramtsstudium fünf Monate in Estland, Finnland, Japan und Singapur aufgehalten, um die Schulsysteme der PISA-Siegerländer zu erkunden. Ein Gespräch über die Suche nach dem größtmöglichen gemeinsamen Nenner.

### Teamarbeit spielt nach ihrem Beobachtungen auch im japanischen Schulsystem eine große Rolle.

Das stimmt. In Japan ist die Lesson Study als Methode der Unterrichtsreflexion weit verbreitet. Um es vereinfacht auszudrücken: Eine Lehrkraft unterrichtet und 20 Kolleginnen und Kollegen schauen zu. Für uns ist das wahrscheinlich ein kultureller Schock, denn wir verbinden aus dem Referendariat mit solchen Situationen Prüfungsstress und sind froh, wenn die Zeit der Unterrichtsbücher vorbei ist. Japanische Lehrkräfte bereiten dagegen im Team zu einer bestimmten Fragestellung eine Unterrichtsstunde vor, die dann von einem Mitglied des Teams gehalten und von den anderen aufmerksam verfolgt wird.

In Finnland absolvieren Lehramtsstudierende kein Referendariat, sondern es gibt während des fünf Jahre dauernden Studiums Praxisphasen von anfangs wenigen Wochen bis hin zu mehreren Monaten. In dieser Zeit unterrichten die Studierenden an einer von elf so genannten Übungsschulen im Land, die jeweils einer Universität zugeordnet sind. Sie übernehmen einen Großteil des normalen Unterrichts und werden von erfahrenen Lehrkräften eng betreut. Diese unterrichten selbst nur circa fünf Stunden die Woche und sind neben der Lehrerausbildung auch verpflichtet, zur Bildungsforschung beizutragen. Sie kennen sich dadurch mit dem aktuellen Forschungsstand aus und behandeln selbst wissenschaftliche Fragen, die sich aus der pädagogischen Praxis ergeben, was wiederum Auswirkungen auf den Unterricht haben kann. Das zieht sich sowohl für die Studierenden als auch für Lehrkräfte von anderen Schulen aus, die sich an den Übungsschulen fortbilden. In Finnland gilt es als Selbstverständlichkeit, dass Lehrerinnen und Lehrer in den Methoden der Bildungsforschung ausgebildet sind und aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigen.

Bedeutend ist außerdem die Betonung der Teamarbeit. Beim Auswahlverfahren für einen Studienplatz fürs Lehramt muss man nach

einer schriftlichen Prüfung in einer zweiten Phase unter Beweisen stellen, wie man sich bei einem Gruppeninterview einbringen und mit anderen diskutiert. Im Studium verlangen die allermeisten Kurse in irgendeiner Form Teamarbeit, Praxisphasen werden zum Teil im Tandem absolviert.

**Wenn es in Deutschland um notwendige Veränderungen im Schulsystem geht, wird häufig nach Finnland geblickt, wo gut durchscheinen. Sie haben nicht nur Schulen in Finnland besucht, sondern zusätzlich auch noch ein Seminar in Finnland studiert. Was hat Sie dort besonders beeindruckt?**

Zur Person  
**Alexander Brand** nutzte sein Lehramtsstudium, um möglichst oft über den Tellerrand zu blicken: Er absolvierte zwei Auslandssemester und mehrere Praktika im In- und Ausland und begab sich anschließend auf eine Reise zu den Bildungsweltmeistern, über die er in seinem Blog <https://alexanderbrand.de> berichtet. Heute unterrichtet er Mathematik und Physik an einem Hamburger Gymnasium.  
Foto: privat

**Auch in Singapur haben Sie eine starke Zusammenarbeit von Lehrkräften sowie umfassende Fortbildungsmöglichkeiten festgestellt. Wie sehen die konkret aus?**

In Singapur nehmen alle Lehrkräfte während ihrer Arbeitszeit an wöchentlichen professionellen Lerngemeinschaften teil. Manchmal sind sie nach Fächern, manchmal nach Klassenstufen organisiert. In Teamsarbeiten sie zum Beispiel an einer didaktischen Idee und deren Umsetzung im Unterricht. Ich war beim 90-minütigen Treffen von sechs Mathematiklehrkräften aus der 9. Klasse dabei, die an einer Projektseinheit zum Thema exponentielles Wachstum arbeiteten, wofür Schülerinnen beobachten sollten, wie sich Schimmel über mehrere Wochen auf Toastbrot ausbreite. Dazu sollten sie eine Funktion finden, die das Wachstum am besten beschreibt.

Kontrovers diskutiert wurde, wie die Arbeitsaufträge genau formuliert werden sollten. Ich war von der hohen Qualität der didaktischen Diskussion überrascht.

Die Bedeutung der Fortbildung wird dadurch unterstrichen, dass Lehrkräfte Anspruch auf 100 Stunden Weiterbildung pro Jahr als bezahlte Arbeitszeit haben und es viele Gelegenheiten zur kollegialen Hospitation gibt. Ermöglicht wird dies dadurch, dass die Unterrichtsverpflichtung im Vergleich zu Deutschland um etwa ein Drittel geringer ist. Lehrkräfte, die eine so genannte didaktische Laufbahn (engl. „teaching track“) eingeschlagen haben, sind an den Schulen Ansprechpartner für Weiterbildungen und öffnen ihre Klassenzimmer für andere, um neue Lehrmethoden zu demonstrieren. Alle angehenden Schullehrerinnen und Schulleiter sind verpflichtet, das Bildungssystem eines anderen Landes zu besuchen.

**Singapur ist im Vergleich mit Estland ein sehr reiches Land. Hat das Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen von estnischen Lehrkräften?**

Ich habe häufig beobachtet, dass Lehrkräfte im Ausland Methoden eingesetzt haben, die den Lernstand aller Schülerinnen und Schüler auf einmal sichtbar gemacht haben. Dieser Ansatz wird in der Bildungsforschung als formatives Assessment bezeichnet. Digitale Medien sind dabei oft sehr hilfreich //

Interview: Joachim Göres

Sie haben gerade Ihr Referendariat erfolgreich beendet und werden nun an einer Stadtschule in Hamburg Mathematik und Physik unterrichten. Gibt es Dinge, die Sie auf Ihrer Bildungsreise kennengelernt haben und die Sie künftig an Ihrer Schule anwenden werden?

Ich habe häufig beobachtet, dass Lehrkräfte im Ausland Methoden eingesetzt haben, die den Lernstand aller Schülerinnen und Schüler auf einmal sichtbar gemacht haben. Dieser Ansatz wird in der Bildungsforschung als formatives Assessment bezeichnet. Digitale Medien sind dabei oft sehr hilfreich //

Quelle: Klett-Themenkunst Nr. 116 (7+8/2023)

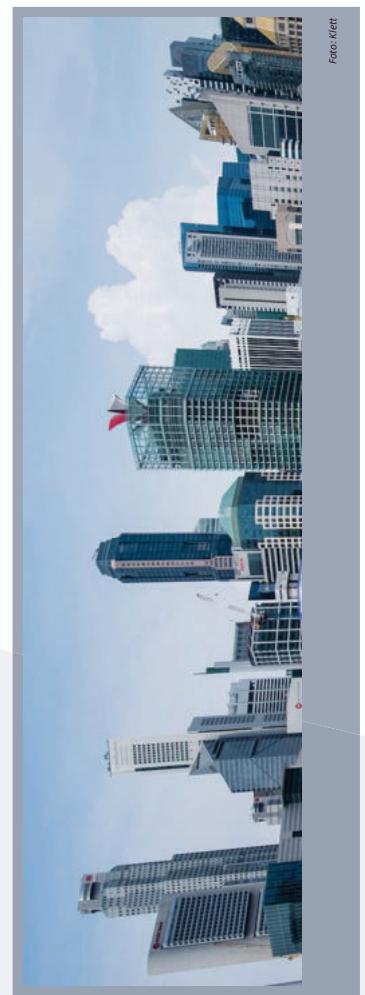


Foto: Klett

In Estland haben Lehrkräfte nur Anspruch auf den normalen Urlaub, Weiterbildungen finden in der unterrichtsfreien Zeit in den Ferien statt. Außerdem ist die Bezahlung so schlecht, dass viele Lehrkräfte mit einer vollen Stelle nicht auskommen und zusätzlich Unterricht erteilen. Gerade ältere Lehrerinnen und Lehrer haben ein hohes Arbeitsnoss – sie fühlen sich oft verpflichtet, am Nachmittag ein Problem im Unterricht mitkommen. Auffällig ist, dass die in Estland verbreitete Digitalisierung im Unterricht auch für ältere Lehrkräfte kein Problem ist – sie wurden umfassend fortgebildet.

**Sie haben gerade Ihr Referendariat erfolgreich beendet und werden nun an einer Stadtschule in Hamburg Mathematik und Physik unterrichten. Gibt es Dinge, die Sie auf Ihrer Bildungsreise kennengelernt haben und die Sie künftig an Ihrer Schule anwenden werden?**

Ich habe häufig beobachtet, dass Lehrkräfte im Ausland Methoden eingesetzt haben, die den Lernstand aller Schülerinnen und Schüler auf einmal sichtbar gemacht haben. Dieser Ansatz wird in der Bildungsforschung als formatives Assessment bezeichnet. Digitale Medien sind dabei oft sehr hilfreich //

Interview: Joachim Göres

Sie haben gerade Ihr Referendariat erfolgreich beendet und werden nun an einer Stadtschule in Hamburg Mathematik und Physik unterrichten. Gibt es Dinge, die Sie auf Ihrer Bildungsreise kennengelernt haben und die Sie künftig an Ihrer Schule anwenden werden?

Ich habe häufig beobachtet, dass Lehrkräfte im Ausland Methoden eingesetzt haben, die den Lernstand aller Schülerinnen und Schüler auf einmal sichtbar gemacht haben. Dieser Ansatz wird in der Bildungsforschung als formatives Assessment bezeichnet. Digitale Medien sind dabei oft sehr hilfreich //

Quelle: Klett-Themenkunst Nr. 116 (7+8/2023)

# Rechtsfragen aus dem pädagogischen Berufsalltag

von Dieter Roß und Lena Schmoranzer

## Altersermäßigung

*Ich bin Lehrerin im TV-L-Beschäftigungsverhältnis. Meine Recherchen zur Altersermäßigung haben mir keine Klarheit gebracht. Altersemäßigung mit 63 oder 64?*

Höchstgrenze von 4.102,67 € nicht. Wäre deine Rente bei 600 €, dann würdest du in der Summe die Höchstgrenze überschreiten. Deine Pension würde dann um den Betrag gekürzt, der die Höchstgrenze überschreitet.

## Pension und Hinzuerdenk

Ich will gerne zur Klarheit befragen: Als beamtete Lehrkraft oder als TV-L-Beschäftigte Lehrkraft hast du Anspruch auf Altersermäßigung von drei Lehrwochenstunden mit Beginn des Schuljahres, in dem du dein 64. Lebensjahr vollendet – unter der Voraussetzung, dass dein Zeitumfang mindestens die Hälfte des Regelstundentnahmes beträgt und du nicht in Alterstilzeit bist.

Bei einer Pädagogischen Fachkraft im Schuldienst gilt als Start der Altersermäßigung der Beginn des Schuljahres, in dem sie das 63. Lebensjahr vollendet. Die weiteren Voraussetzungen sind die gleichen wie vorstehend geschrieben.

## Pension und Rente

*Danke für die Berechnung meines Ruhegehaltsatzes und der Versorgungsbezüge. Ich habe auf deinen Rat hin mit der Rentenberatung Kontakt aufgenommen, um zu klären, in welcher Höhe ich meine Rente bekommen würde. Bei dem Beratungsgespräch habe ich meine Berechnung mit einbezogen. Die Rentenberaterin hat in Aussicht gestellt, dass ich mit rund 300 € Rente rechnen könne. Wie wirkt sich dies auf meine Pensionserübezüge aus?*

Kürzung der Versorgungsbezüge führen. In deinem Fall sind die 10 Lehrwochenstunden zuviel, du kannst ja eine geringere Anzahl von Lehrwochenstunden anbieten, beispielsweise 8 IWS.

## Anordnung der Schulleitung zur Anwesenheitspflicht

*Der Schulleiter teilte in der Konferenz in den Ferien kurz vor dem ersten Unterrichtstag mit, die Anwesenheit der Lehrkräfte in der Schule beginne 20 Minuten vor Unterrichtsbeginn. Keine weitere Begründung. Die meisten Kolleginnen zeigen sich irritiert. Keiner spricht dagegen und der Schulleiter wertet dies als Zustimmung. Kann der Schulleiter rechtsverbindlich eine solche Anordnung treffen?*

Die Anordnung, als Lehrkraft 20 Minuten vor Unterrichtsbeginn in der Schule sein zu müssen, kann die Schulleitung nicht eigenständig anordnen, auch nicht durch einen Konferenzbeschluss. Es handelt sich um einen Eingriff in das Arbeitszeitystem und unterliegt der Mitbestimmung des örtlichen Personalsrates. Sollte der örtliche Personalrat nicht ausdrücklich schriftlich der Anordnung zugestimmt haben, ist sie rechtswidrig und ist zurückzunehmen. Der örtliche Personalrat muss das rechtswidrige Vorgehen rügen und die Rücknahme / die Nichtdurchführung fordern. Er kann darüber hinaus anzeigen, sich nachträglich mit dem Vorschlag der Schulleitung zu befassen und in Verhandlungen einzutreten und sein Mitbestimmungsrecht wahrzunehmen.

## Wohnort - Residenzpflicht

Foto: GEW-Archiv



*Die Schulleiterin hat mich angesprochen und mich aufgefordert, meinen Wohnsitz von der linken auf die rechte Rheinseite zu verlegen und am besten in die Nähe der Schule. Er wies auf mögliches Hochwasser und auf den unsicheren Fährbetrieb hin. Er formulierte das so, dass bei mir der Eindruck entstand, ich müsse dieser Anwendung folgen.*

Die Beamten:innen / Beschäftigte unterliegt keinen Weisungen bezüglich ihres Wohnortes. Es gibt keine Verpflichtung, in der Nähe des Dienstortes zu wohnen. Allerdings ist der Weg zur Arbeitsstelle in ihrer Verantwortung der Beamten:in. Sie hat also die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass sie punctikal zur Arbeit erscheint. Dabei sollten auch vorhersehbare Ereignisse mit ins Auge gefasst werden.

## Bewerbung - aber keine Planstelle

*Ich habe meinen Vorbereitungsdienst erfolgreich absolviert und mir wurde eine Planstelle angeboten, die mir zusagt. Ich war überrascht, dass mir jetzt mitgeteilt wird, eine Übernahme als Beamtin auf Probe kommt nicht in Frage, ich können nach TV-L beschäftigt werden. Auf Nachfrage wurde mir mitgeteilt, die Ärztin habe gesundheitliche Bedenken geäußert. Ich will das nicht akzeptieren, denn ich will Lehrkraft im Beamtenvorhaltsrecht sein. Was kann ich tun?*

Deine fachliche Eignung für die Übernahme als Beamtin ist gegeben, sonst hättest du kein Stellangebot bekommen. Als weiteres muss die gesundheitliche Eignung gegeben sein. Dazu bedient sich die ADD der Ärztin. Wenn diese bei der durchgeführten Begutachtung zur Prognose kommt, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit eine vorzeitige Dienstunfähigkeit eintreten wird, gibt es das schriftlich der ADD zur Kenntnis. Mitt dieser Information kann die ADD keine Beamtenstelle anbieten, weil die gesundheitliche Eignung nicht gegeben ist.

Wird eine Übernahme in das Beamtenvorhaltsrecht auf Probe abgelehnt, ist dagegen der Rechtsweg (Widerspruch und ggfl. Klage vor dem Verwaltungsgericht) möglich. Die GEW bietet dir dazu Rechtsberatung und erforderliches Rechtschutz. Fordere bitte unverzüglich eine Kopie des ärztlichen Gutachtens bei der ADD in Trier an. Du hast Anspruch auf eine Kopie. Besprich den Inhalt des Gutachtens mit deinem behandelnden Arzt. Schicke uns dann die Kopie des Gutachtens der Ärztin und die Einschätzung durch deinen Arzt. Wir beraten dann gemeinsam über das weitere Vorgehen. Das Angebot, als Lehrkraft in unbefristeter Beschäftigung nach TV-L zu arbeiten, nimmst du an, damit du, wie der Schulleiter dir mitgeteilt hat, ab dem ersten Unterrichtstag als Lehrkraft in der Schule arbeitest. Es ist unproblematisch, wenn am ersten Unterrichtstag der schriftliche Arbeitsvertrag noch nicht vorliegt. Mit der Arbeitsaufnahme kommt der Arbeitsvertrag zustande. Du wirst Mitglied der Sozialversicherung wie Deutsche Rentenversicherung etc. Die Vergütung erfolgt auf der Grundlage der Regelungen im Tarifvertrag. Der Bezirkspersonalrat ist bezüglich des Arbeitsvertrags in der Mitbestimmung.

## Dienst an vier Arbeitstagen in der Woche

*Eine Kollegin berichtete mir sie habe für die Stundenplanerstellung ihre Einsatzvorstellung der Schulleitung vorgebracht und den Einsatz an vier Unterrichtstagen mit der Betreuung notwendigkeit für ihr Kind begründet. Bei Kenntnisnahme ihres Stundenplans musste sie feststellen, dass sie an fünf Unterrichtstagen eingesetzt ist und auch mehrere Springstunden hat. Sie bat mich als Personalrat um Unterstützung.*

Rheinland-Pfalz bezeichnet sich als familienfreundlicher Arbeitgeber. Durch die Teilzeit von 20/25 beträgt für sie als beamte Lehrkraft die durchschnittliche Wochenarbeitszeit  $40 \text{ h} : 25 \times 20 = 32 \text{ h}$ . 32 Zeitstunden sind an vier Arbeitstagen unterzubringen. Die 20 LWS können rein rechnerisch an vier Unterrichtstagen erteilt werden. Daraus lässt sich folgern, dass versucht werden sollte, dem begründeten Anliegen der Kollegin Rechnung zu tragen. Jedenfalls gibt es keine Vorschrift, die verlangt, dass bei einer Teilzeit von 20/25 die Lehrkraft an fünf Unterrichtstagen in der Schule sein müsse. Du kannst als ÖPR unterstützend tätig werden. Letztlich muss die Kollegin versuchen, ihr begründetes Anliegen durchzusetzen.

### Festlegung von Urlaubstage durch den Arbeitgeber

**Tätilcher Angriff**  
*Es gab in der Pause einen tödlichen Angriff einer Schülerin auf eine Lehrkraft. Die Lehrkraft hat den Vorfall der Schulleiterin gemeldet und um Unterstützung gebeten. Die Schulleiterin hat nach Aussage der Kollegin den Vorfall heruntergespielt und will keine Unterstützung zulassen. Die Kollegin will mich als öPf zu dem Gespräch mit der Schulleiterin dabei haben.*

Grundsätzlich kann die Kollegin ihr Gespräch mit der Schulleiterin alleine führen. Es ist ja kein Dienstgespräch, zu der die Schulleiterin eine Lehrkraft zum Dienstgespräch einlädt, hat sie vorab der Lehrkraft mitzuteilen, dass die Lehrkraft gemäß LPersVG einen Personalrat hinzuziehen kann. Hier geht der Wunsch um ein Gespräch von der Lehrkraft aus. Sie könnte eine Kollegin mitbringen, die zur Aufklärung des in Rede stehenden Sachverhalts beitragen könnte. Das könnte du sein.

Hier wäre eine vorherige Mitteilung an die Schulleiterin angebracht.

Foto: GEW-Archiv



### Inflationsausgleichsprämie beim Wechsel des Arbeitsverhältnisses zum 01.06.2023

**Mein neuer Arbeitgeber, bei dem ich seit 01.06.2023 als Sozialpädagogin angestellt bin, zahlt den tariflich vereinbarten monatlichen Inflationsausgleich anstandslos. Die Gemeinde, bei der ich bis einschließlich Mai 2023 beschäftigt war, verweigert mir jedoch die Auszahlung der einmaligen Inflationsausgleichszahlung mit Verweis darauf, dass im Mai 2023 keine Auszahlung des Inflationsausgleichs erfolgen soll, wenn im Auszahlungsmonat Juni 2023 kein Anspruch auf Entgeltbestanden hat. Ich hatte den Tarifabschluss so verstanden, dass es nur relevant ist, dass ich am 01.05.23 im Arbeitsverhältnis stand, und dies ist ja der Fall. Liege ich falsch?**

von mindestens 10 Jahren 5 Monate, von mindestens 12 Jahren 6 Monate zum Schluss eines Kalendervierteljahres.“  
 Da du bereits seit 9 Jahren angestellt bist, würde sich laut dem TVöD eine Frist von 4 Monaten zum Schluss eines Kalendervierteljahres ergeben. Wenn du zum 01.01.24 deine neue Stelle antreten möchtest, müsstest du deine Kündigung zum 31.12.23 abservieren Ablauf des Monats August 2023 eingereicht haben, sodass du die Kündigungsfrist von 4 Monaten einhalten kannst.

### Dienstjubiläum und Beschäftigungszeit

*Ich habe eine Frage bezüglich meines Dienstjubiläums. Bei meiner jetzigen Ortsgemeinde arbeite ich seit dem 01.09.2003. Davor habe ich bei einer anderen Ortsgemeinde gearbeitet. Mein Arbeitsverhältnis dort hat am 01.01.1985 gestartet und lief, bis ich 1990 mein erstes Kind bekommen habe. Da ich dachte, dass meine 25 Jahre bis zum ersten tariflichen Dienstjubiläum nun erreicht wären, habe ich bei uns nachgefragt. Unser Bürgermeister meinte daraufhin zu mir, dass die Verbandsgemeinde es geprüft habe und mir dafür noch mehrere Jahre fehlten. Das Problem sei, dass ich bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt habe, aber noch keine 25 Jahre in der jetzigen Ortsgemeinde. Ist es wirklich so, dass man das Jubiläumsgehalt nur erhält, wenn man bei einem und denselben Ortsgemeinde gearbeitet hat, auch wenn beim vorherigen Arbeitgeber auch der TVöD gilt?*

Deine Frage bezieht sich auf das Jubiläumsgehalt aus dem §23 Absatz 2 TVöD. Hierach erhalten „Beschäftigte [...] ein Jubiläumsgehalt bei Vollendung einer Beschäftigungszeit (§ 23 Abs. 3)

- a) von 25 Jahren in Höhe von 350 Euro,
- b) von 40 Jahren in Höhe von 500 Euro.“

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir nun schauen, wie die Beschäftigungszeit im TVöD definiert ist. Dazu wird auf den §34 Absatz 3 verwiesen. In diesem ist zu lesen, dass Beschäftigungszeit die beim selben Arbeitgeber zurückgelegte Zeit ist, auch wenn sie unterbrochen ist. Außerdem werden als Beschäftigungszeit auch die Zeiten anerkannt, die bei Arbeitgebern zurückgelegt wurden, die vom Geltungsbereich des TVöDs erfasst sind oder öffentlich-rechtlich sind. Da dein vorheriger Arbeitgeber als Kommune ebenfalls vom Geltungsbereich des TVöDs erfasst ist, muss deine Beschäftigungszeit dort in die Berechnung mitbezogen werden. Du kannst aus deinem ersten Arbeitsverhältnis eine Beschäftigungszeit von 5 Jahren vorweisen, aus deinem zweiten Arbeitsverhältnis eine Beschäftigungszeit von 20 Jahren. Dementsprechend hast du Anspruch auf das Jubiläumsgehalt und solltest diesen geltend machen. //

### Kündigungsfristen nach dem TVöD

*Da ich mich beruflich verändern möchte, würde ich gerne fristgerecht meine bisherige Arbeitsstelle kündigen, bin mir aber etwas unsicher mit den Kündigungsfristen. Ich arbeite seit dem 01.07.2014 in einem kommunalen Hort, für uns gilt der TVöD. Ich möchte gern zum 01.01.24 meine Stelle wechseln. Meines Wissens müsste ich am 30.09. zum 31.12.2023 kündigen. Das stimmt doch so, oder?*

Eine eindeutige, gesetzlich verankerte Regelung darüber, wie viele Urlaubstage durch den Arbeitgeber festgelegt werden dürfen, gibt es nicht. Grundsätzlich besagt §7(1) Satz 1 des Bundesurlaubsgegesetzes erstmals, dass bei der zeitlichen Festlegung des Urlaubs die Wünsche der Arbeitnehmer:innen zu berücksichtigen sind. Von diesem Grundsatz kann abgewichen werden, wenn dringende betriebliche Belange oder die Urlaubswünsche anderer Arbeitnehmer:innen, die unter sozialen Gesichtspunkten den Vorrang verdienen, deinem Wunsch entgegenstehen. Nun ist es so, dass zum Beispiel Schließzeiten in der Kita als dringende betriebliche Belange gewertet werden können. Trotzdem kann aufgrund dieser dringenden betrieblichen Belange laut Rechtsprechung nicht euer gesamter Urlaub festgelegt werden. Aufgrund der Rechtsprechung zu diesem Thema, insbesondere eines Bundesarbeitsgerichtsurteils aus dem Jahr 1981 (Az 1 ABR 79/92), kann davon ausgegangen werden, dass Arbeitnehmer:innen zwei Fünftel ihres Jahresurlaubs selbst verplanen dürfen. Wir empfehlen euch daher, zumindest diesen Anteil auch bei euch einzufordern.

### Nachprüfung

**Bei uns waren bei der Zeugniskonferenz Unsicherheiten vorhanden, ob einer Schülerin in der Klassenstufe 8 eine Nachprüfung angeboten werden muss. Wie ist diesbezüglich die Rechtslage?**

Bei den Schüler:innen, die durch die Klassenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiter:in oder ihrer Vertreter:in entsprechend der Vorgaben - hier der Überrefidenden Schulordnung - nicht versetzt werden, ist zu prüfen, ob eine Versetzung mit einer unter „ausreichend“ liegenden Note. Wenn die Verbesserung bereits um eine Notenstufe in einem dieser Fächer zu einer Versetzung führen würde, soll die Zulassung zu einer Nachprüfung ausgesprochen werden. Zulassung ist den Sorgeberechtigten der Schüler:in umgehend schriftlich mitzuteilen. Die Sorgeberechtigten haben die Schule innerhalb von drei Kalendertagen nach Zugang der Mitteilung zu unterrichten, ob und in welchem Fach die Nachprüfung erfolgen soll. Für die Durchführung der Nachprüfung ist § 70 der ÜSchO zu beachten.

## Gewerkschaftstag - Vorläufiger Tagungsablauf

### Kreis Trier und Saarburg

## Vorsitzende bestätigt

**A**m 13.09.2023 versammelten sich die Mitglieder des GEW Kreises Trier und Trier-Saarburg zu turnusmäßigen Mitgliederversammlung. Eingeleitet wurde der Abend durch ein Referat von Noah Weissmüller zum TVöD-Stud, der vielen Anwesenden nicht bekannt war.

Noah Weissmüller berichtete von der Notwendigkeit einer tariflichen Regelung für wissenschaftliche Hilfskräfte, die allgemein als HiWis bezeichnet werden. In Gesprächen an der Uni stellte sich heraus, dass viele studentisch Beschäftigte u.a. nicht über ihre Urlaubsansprüche oder Regelungen im Krankheitsfall informiert sind. Derzeit machen die studentischen Gruppen der GEW innerhalb der VERDIbundesweite Druck auf die Arbeitgeberseite, um hier dem Berliner Modell folgend, einen Tarifvertrag zu erwirken. Obwohl die meisten Anwesenden ihre Zeit an der Uni längst hinter sich haben, entwickelte sich ein rager, konstruktiver Austausch mit Anregungen für alle Seiten.

Im weiteren Verlauf standen die obligatorischen Routinen einer Versammlung auf dem Programm. Die durchgeführten Neuwahlen bestätigten Dr. Michael Ifrien als Vorsitzenden und Stefanie Deubel als Stellvertreterin an der Spitze des Kreisverbands. Leider zeigte sich der allgemeine Trend, dass es zunehmend schwerer wird, Personen für Vorstandssämter zu gewinnen. Deswegen an dieser Stelle nochmals

Das Foto zeigt den neu gewählten Kreisvorstand mit den Vertretern der Fachgruppen.  
Foto: Stefanie Deubel

Bericht der Mandatseröffnungskommission  
Genehmigung der Tagesordnung  
Wahl des Präsidenten  
Bericht des Vorsitzenden  
Ausprache zum Bericht  
Mittagessen  
Ausprache zu den Berichten der übrigen Landesvorstands- und Kommissionsmitglieder  
Erklärung des Vorstandes  
Pause  
Sitzungsende und Geschäftsförderungsanträge  
Abendessen  
Sitzungsende und Geschäftsförderungsanträge

**Dienstag, 07. Mai 2024**

09:00 – 12:00 Uhr	Wahl des Vorstandsaufwählers gem. § 16 Abs. 3 a (§ 18 Abs. b –) der Satzung
12:30 – 14:00 Uhr	Zwischen den Wahljahren Fortsetzung der Antragsberatung
14:00 – 16:00 Uhr	Bestätigung der Vorsitzenden bzw. der jeweiligen Stellvertreterinnen und Stellvertreter bzw. der Leitungsteams der Landesfachgruppen und Landesausschüsse gem. § 16 Abs. 2 e der Satzung Wahl der Delegierten für den Gewerkschaftstag 2025 der GEW-Bund in Berlin
16:30 – 17:00 Uhr	Zwischen den Wahljahren Fortsetzung der Antragsberatung
17:00 – 19:30 Uhr	Bunter politischer Abend mit Verabschiedungen, weiteren Grußworten und Kulturprogramm PAUSE mit kleinen Happen oder Kuchen
ab 20:00 Uhr	Buletin und gesellige Beisammensein mit musikalischer Begleitung
ab 21:00 Uhr	Tanz mit Partyband

**Mittwoch, 08. Mai 2024**

09:00 – 10:00 Uhr	Fortsetzung der Antragsberatung
10:00 – 11:30 Uhr	Weitere Wahlen Wahl der Mitglieder des Rechtkontrollausschusses
11:30 – 12:30 Uhr	Wahl der Mitglieder der Schiedskommission
12:30 – 13:30 Uhr	Zwischen den Wahljahren Fortsetzung der Antragsberatung
13:30 – 14:45 Uhr	Verabschiedung der vom Gewerkschaftstag gewählten LV-Mitglieder
14:45 – 15:00 Uhr	Mittagessen
	Fortsetzung der Antragsberatung
	Schlusswort/Schlusslied

## Einladung zur Landesfrauenkonferenz



Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesfrauenausschuss RLP

ein<sup>1</sup>

Liebe Frauen,  
wir laden euch herzlich zur nächsten Landesfrauenkonferenz am  
**23.11.2023, 17.00–19.00 Uhr, in die Landesgeschäftsstelle der GEW in Mainz, Martinsstraße 17** ein.

- Vorbereitet sind folgende Punkte:
1. Impulsreferat zum Thema „Sexuelle Gewalt in Bildungseinrichtungen – was tun?“ mit Austausch (45 Min.)
  2. Kurze Pause zum Durchatmen (15 Min.)
  3. Was macht(e) der Landesfrauenausschuss der GEW?
  4. Neuwahl des Landesfrauenausschusses<sup>2</sup>
  5. Was bringen wir in den Landesgewerkschaftstag der GEW in 2024 ein, welche Themen sind uns wichtig?
  6. Eure Anliegen

Für unsere Planung bitten wir um Anmeldung bis zum 16.11.2023 bei [constanze.boerner@gew-rlp.de](mailto:constanze.boerner@gew-rlp.de).  
Für Verpflegung und Getränke ist gesorgt.

**Elisabeth Orth-Jung**

**Kathrin Gröning**

Eure Landesfachgruppen sprecherinnen

**Sylvia Sund**



Das Foto zeigt den neu gewählten Kreisvorstand mit den Vertretern der Fachgruppen.  
Foto: Stefanie Deubel



Foto: GEW  
Hans-Joachim Löher ist bereits seit 60 Jahren GEW-Mitglied.

## Kreis Altenkirchen

### Langjährige Mitglieder geehrt

**A**uch in diesem Jahr konnte Heribert Blume als Kreisvorsitzender der GEW Altenkirchen Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft ehren.

So erhielten für ihre 10-jährige Mitgliedschaft Tobias Buddendiek, Thomas Eichler, Lisa Fleckinger und Kevin Lenz eine Urkunde mit einem Gutschein.

Ihnen folgten mit 25 Jahren Yvonne Bläser, Birgit Ermet-Meinung und Katja Reinfeld.

Man war sich einig, dass es im Umgang mit künstlicher Intelligenz eine offensive Auseinandersetzung geben muss, wobei die Belastung für die Kolleg:innen allen bewusst ist.

Dagmar Weckwerth schaffte es auf 40 Jahre Mitgliedschaft und Bernadette Jung und Volker Niederhofer krönten die Ehrung mit einem halben Jahrhundert, d. h. 50 Jahre, Treue zu ihrer Gewerkschaft.

Der Kür der Ehrungen waren die Pflichtübungen einer Jahreshauptversammlung vorangegangen.

den Westerwald nach Marienthal, „hinter den sieben Bergen“ wie der Kreisvorsitzende in seiner Begrüßung schmunzelnd betonte, gekommen war.

Klaus-Peter Hammer referierte zum Thema „Schule mit Zukunft“ und kam unter diesem Obertitel auf verschiedene Aspekte zu sprechen, darunter die Themen „Digitalisierung“, „Lehrkräfteversorgung“, „Heterogenität“ und „Lehrmatriabsbildung“.

Man war sich einig, dass es im Umgang mit künstlicher Intelligenz eine offensive Auseinandersetzung geben muss, wobei die Belastung für die Kolleg:innen allen bewusst ist.

Die Digitalisierung habe auch gewerkschaftlichen Themen einen Anschub gegeben, „Schule mit Zukunft“ beinhalte auch Transformationen in der Schulstruktur in der man u. a. über den klassischen Stundenplan nachdenken müsse. Auch die Vorstellung einer „Schulversorgung“ war eine interessante Diskussion.

Die Namen der auf dem Foto abgebildeten Mitglieder sind (von links):; Klaus-Peter Hammer, Dagmar Weckwerth, Yvonne Bläser, Katja Reinfeld, Kevin Lenz, Heribert Blume



Nach dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden und der sich anschließenden Ausprache folgten der Kassenbericht und die Entlastung des Rechners Carsten Winkler sowie die Wahl der Kassentrüger:innen für das Rechnungsjahr 2023, zu der sich Katja Reinfeld und Ulrich Gall wieder zur Verfügung stellten.

Im Anschluss daran galt es, die Delegierten für den Landesgewerkschaftstag 2024 in Ingelheim zu wählen. Neben Heribert Blume als Vorsitzendem wird Axel Kanger als zweiter Delegierter den Kreis Altenkirchen vertreten. Sollte einer der beiden ausfallen, so steht Kevin Lenz als Vertreter zur Verfügung.

Höhepunkt der Jahreshauptversammlung aber war der Vortrag des Landesvorsitzenden Klaus-Peter Hammer, der aus der Westpfalz in

Leitung auf Zeit“ sei möglich. Im Zusammenhang mit dem Lehrkraftentzug verwies Hammer auf das 15-Punkte-Programm der GEW, in dem deutlich Vorschläge gemacht würden. Nicht zuletzt machte der Referent darauf aufmerksam, dass sowohl Hessen als auch Baden-Württemberg ihre Grundschullehrkräfte besser bezahlen. In der sich anschließenden Diskussion nutzten die Mitglieder die Anwesenheit ihres Landesvorsitzenden und es kam zu einem regen und informativen Austausch.

Wie jedes Jahr bildete ein gemütliches Zusammensein bei herrlichem Abendsonnenschein im Garten des Hofcafés in Marienthal - verbunden mit einem hervorragenden Buffet- den Abschluss der diesjährigen Jahreshauptversammlung. //

hb

## GEW-Fachtagung „Alterspolitik und soziale Verantwortung“

### „Menschen mit reichem inner- und außergewöhnlichem Erfahrungsschatz“

**F**reiwilligenarbeit, die Rolle des Wohlfahrtsstaates, Ansätze für eine zeitgemäße Senior\*innenpolitik - auf der 7. Senior\*innenpolitischen Fachtagung „Alterspolitik und soziale Verantwortung“ der GEW diskutierten Ältere mit Expert\*innen aus Wissenschaft und Politik Anfang Juli in Bonn zu einem breiten Themenpaket der Senior\*innenpolitik.

Gut 120 Teilnehmer\*innen aus allen Bundesländern, davon die meisten (13) aus Rheinland-Pfalz, denen der Landesverband die Teilnahmegebühren erstattete, waren angereist, um sich darüber mit renommierten Expert\*innen aus Wissenschaft und Politik austauschen. Gefördert wurde die Tagung vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ). Seit 25 Jahren findet etwa alle vier Jahre eine senior\*innenpolitische Fachtagung mit unterschiedlichen Schwerpunkten statt. „Das ist ein klares Signal der GEW an die älteren Mitglieder: Ihr seid uns wichtig“, betonte Manfred Doetsch vom Bundessektor\*innenausschuss (BSA), der die Älteren in der GEW vertritt.

BSA-Vertreter\*innen aus allen Bundesländern hatten gemeinsam mit Janina Henkes vom Vorstandsbereich Senior\*innenpolitik beim GEW-Hauptvorstand die Tagung mitgeplant und inhaltlich konzipiert. Entstanden war ein anregender fundernder Mix von Fachvorträgen, Podiumsrunden und Workshops zu einem sehr unterschiedlichen Themenpektrum. Diskutiert wurde über die Rolle von Freiwilligenarbeit in der Gesellschaft bei der Versorgung Alterer, den Aufgaben des Wohlfahrtsstaates, über Perspektiven für eine zeitgemäße Senior\*innenpolitik in Kommunen, Land und EU und Ideen für ein intensiveren Dialog zwischen älteren und den jüngeren Generationen.

Es ist kein Zufall, dass bei der Suche nach einer zeitgemäßen Politik für Ältere das Thema Freiwilligenarbeit eine wichtige Rolle spielt. Mehr Menschen denn je engagieren sich ehrenamtlich, in traditionellen Vereinen ebenso wie in Projektgruppen. Gerade mal acht Zellen haben die Ampelkoalition der Senior\*innenpolitik eingeräumt, und in der Debatte über das allgemeine Gleichstellungsgebot finde das Thema Altersdiskriminierung nicht statt. „Senior\*innenpolitik muss Querschnittspolitik sein, die sich durch alle Lebensbereiche zieht“, die dafür sorgt, dass Ältere gesund wohnen, dass sie kulturreich und mobil bleiben können. Die Teilnehmenden waren sich einig: Eine solche Politik kommt allen zugute. Von der Absenkung von Bordsteinen in einem Quartier, haben Eltern mit Kinderwagen genauso viel wie Senior\*innen mit Rollator. Beck erinnerte an eine zentrale gewerkschaftliche Forderung: „Damit die Anliegen Älterer gehört werden, müssen die Anliegen jüngerer Menschen.“

Barbara Helling ist seniorenpolitische Sprecherin der GEW Rheinland-Pfalz.  
Foto: GEW



### Mehr Mitsprache in der Politik

Bei der Debatte über Senior\*innenpolitik in Kommunen, Land und EU brachte Klaus Beck, Bundessektor\*innenbeauftragter des DGB, die Stimme der Tagungsteilnehmer\*innen auf den Punkt. Scharf wies er darauf hin, dass Politik für Ältere immer noch keine große Rolle in der politischen Landschaft spielt. Gerade mal acht Zellen haben die Ampelkoalition der Senior\*innenpolitik eingeräumt, und in der Debatte über das allgemeine Gleichstellungsgebot finde das Thema Altersdiskriminierung nicht statt. „Senior\*innenpolitik muss Querschnittspolitik sein, die sich durch alle Lebensbereiche zieht“, die dafür sorgt, dass Ältere gesund wohnen, dass sie kulturreich und mobil bleiben können. Die Teilnehmenden waren sich einig: Eine solche Politik kommt allen zugute. Von der Absenkung von Bordsteinen in einem Quartier, haben Eltern mit Kinderwagen genauso viel wie Senior\*innen mit Rollator. Beck erinnerte an eine zentrale gewerkschaftliche Forderung: „Damit die Anliegen Älterer gehört werden, müssen die Anliegen jüngerer Menschen.“

GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz 11+12 / 2023

## Aus dem Leben eines Plusianers

### Das Land hat's versemmt



**E**gentlich freut man sich als Plusianer, wenn ein Nostalgiertyp ab und an das beschauliche, aber manchmal auch etwas eintönige Pensionistenleben unterbricht. So nsulich, als die Bitte kam, als Stellvertreter der Stellvertreterin der Mandatsträgerin an einer Sitzung des kommunalen Schulaufsichtsausschusses teilzunehmen. Man hat ja keine Dienstlichen Termine mehr. Dennoch hält sich die Lust darauf in Grenzen, denn die Rituale bei solchen Terminen nerven: Lange Erläuterungen der städtischen Verantwortlichen und darauf reflexartig die Statements der Wortführer\*innen diverser Fraktionen. Motto: Es ist nicht wichtig, was gesagt wird, sondern dass etwas gesagt wird. Aber das Thema klang verlockend und führte sogar zu Vorfreude. Ein TOP sollte das Ergebnis einer Prüfung sein, ob es eine 4. Gesamtschule in der Stadt geben kann. Was waren das in der

Vergangenheit für Kämpfe um weitere IGSen, und jetzt bringt die Stadt das selbst auf die Tagesordnung. Wunderbar. Aber schon nach wenigen Räten des städtischen Abteilungsleiters wird die Freude und Kam Änger auf: Wie in Stein gemeißelt sei die Festlegung von Bildungsministerium und ADG, dass eine weitere Gesamtschule nur genehmigt und gefördert werde, wenn ein garantierter Bedarf an einer Oberstufe nachgewiesen werden könne. Ohne Oberstufe keine neue IGS. (Und damit stand das Ergebnis schon fest: negativ!) Hä? Man greift sich an den Kopf! Wo kommt denn die hohe Akzeptanz der Gesamtschulen her? Bestimmt nicht (primär) davon, dass Schüler\*innen irgendwann dort Abitur machen können, sondern davon, dass die viel zu frühe Entscheidung über die Bildungsweges der jungen Menschen (der traurige deutsche Sonderweg) nicht bereits nach der 4. Klasse erfolgt.

Dazu passt: Eine „Bildungswende jetzt“ forderten Ende September bündesweite tausende Menschen. Immer wieder rachte dort überall die Kritik an der starken Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft auf.

Eine weitere IGS in LU – auch wenn die Oberstufe irgendwann andersorts besucht werden muss – wäre ein kleiner Schritt gegen den gesellschaftspolitischen Skandal der viel zu frühen Auslese gewesen. Schade, die Stadt hat's nicht versemmt, das war mal wieder das Land. //

Günther Helfrich

brauchen wir endlich flächendeckend Senior\*innenmitwirkungsgesetz.“ ... und eine engagierte Stadtpolitik, die sich mit einem Set von Maßnahmen für die Belange Älterer einsetzt, so Detmar Jobst, gesundheitspolitischer Sprecher der Grünen und Stadtrat in Bonn.

#### „Raus aus dem Erwerbsleben heißt raus aus allem“

Regina Görner, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenoorganisationen (BAGO), ermuntert Ältere, jeder zu werden. Denn obwohl die Gruppe der Senior\*innen großer und vielfältiger ist denn je, machen sie meist diese Erfahrung: „Raus aus dem Erwerbsleben, heißt raus aus allem. Das gilt sogar für Ehrenamt.“ Viele Organisationen suchten vor allem 30- bis 35-jährige beobachtet Görner, Ältere werden oft weggeschickt. „Aber das sind Menschen mit reichem Erfahrungsschatz und viel Zeit. Wir sollten uns für ein Umdenken einsetzen – dann ist vielleicht bald 70 das neue 35.“

#### Mehr Austausch zwischen Alt und Jung

Wie sehr der Generationendialog derzeit viele in der GEW umtreibt, wurde in der lebhaften Debatte mit Vertreter\*innen von junger GEW, Deutschem Bundesjugendring und des BSA Thüringen sichtbar. Alle sprachen sich für mehr Austausch und eine engere Zusammenarbeit von Alt und Jung aus. Franziska Hense von der Jungen GEW und Gabriele Matysik vom BSA Thüringen berichteten vom fruchtbaren Miteinander bei einem gemeinsamen Tagung in Ehrkr im Juni. Vom Schülertisch der Generationen beim Kampf um das Klima erzählte Waltraud Former von der zivilgesellschaftliche Bewegung Omas gegen Rechts: „Wir sind auf der Seite der Jugend und umgekehrt. Es tut gut, zusammen für ein Anliegen auf die Straße zu gehen.“ Umso mehr waren sich die Tagungsteilnehmenden in der anschließenden Diskussion eing: Es braucht mehr gemeinsame Veranstaltungen für Alt und Jung auch in der Gewerkschaftsarbeit.

Es gehörte zu den Stärken der Veranstaltung, mit einem wohl dosierten Methodenmix von plenumsdebatten und Vertiefungen in kleinen Workshoprunden zu arbeiten. Die Themen der Workshops

knüpften dabei thematisch an die Podiumsgespräche an und wurden von je zwei BSA-Vertreter\*innen – Barbara Hellinge von unserem Landessektor\*innenausschuss in Rheinland Pfalz war eine von ihnen – moderiert in die Rolle der Gastgeber\*innen für die Kleingruppen mit Expert\*innen und Teilnehmenden schlüpften.

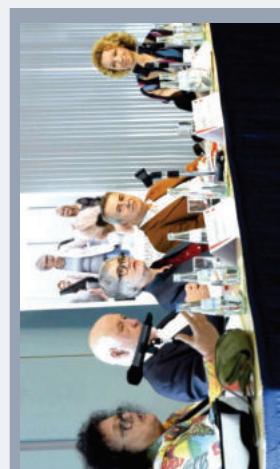
Das Themenspektrum der Workshops umschloss wesentliche Arbeitsfelder der senior\*innenpolitische Arbeit der GEW: Alter(n)sgerichte Arbeit, leben mit der Digitalisierung, Pflegezettel für Angehörige tragfähig gestalten, Altersbilder hinterfragen, selbst reparieren und sich im Alltag organisieren, intergenerationalles Wohnen, sichere, flexible Mobilität für Senior\*innen und Altersamt von Frauen bekämpfen. Die in den Workshops entwickelten Handlungsoptionen wurden von den Gastgeber\*innen der BSA formuliert und in der zusammenfassenden Schlussrunde im Plenum diskutiert. Sichtbar wurde dabei, wie viele gute Ideen und Initiativen es bereits auf vielen Feldern in den Bundesländern gibt, von den Digitalbotschafter\*innen der GEW Rheinland-Pfalz über den Fahrgastverein Pro Bahn, zur Plattform www.anstiftung.de bis zur Gründung von Repair Cafés. (Von diesem Workshop wird in der nächsten Ausgabe der GEW-Landeszeitung berichtet). Der facettenreiche Input der Tagung gab allen Teilnehmenden vielfältige Anregungen, um die eigene gewerkschaftliche und ehrenamtliche Arbeit weiterzuentwickeln.

Und wohl lange nicht mehr war das Wir-Gefühl der GEW-Senior\*innen so spürbar wie beim abendlichen Kulturprogramm am 5. Juli. Die Sängerin Petra Bassus sang, begleitet von der Gitarristin Marcella Hagenauer,flammende Chansons über das Leben, Leidenschaft und politisches Engagement und viele der 120 Teilnehmenden dieser senior\*innenpolitischen Tagung sangen- später auch tanzten- ausgelassen mit. //

#### Anja Dilk in Zusammendarbeit mit Barbara Hellinge



Politisches Ländschaft. Politik für Ältere spielt immer noch keine große Rolle in der politischen



Was ist die Rolle der Senior\*innen in der GEW?

GEW - ZEITUNG		Rheinland-Pfalz 11+12 / 2023	Inhalt
Editorial		„Wir brauchen Konzepte für jede einzelne Schule“ von Günther Helfrich	Seite 2
Kommentar		Online-Befragung zur Arbeitsbelastung von Leitungskräften von Dr. Paul Schwarz	Seite 3
Bildungsweise jetzt		Hoch die Hände, Bildungswende“ von Paul Schwarz im Gespräch	Seite 4
Bildungsweise jetzt		Duales Studium soll besser sein!	Seite 5
Hochschulen		Aktive Kinder sind resilenter	Seite 6
Forschung		Der Bund steht in der Pflicht für schulische Inklusion	Seite 7
Inklusion		Unterricht bei den PISA-Spitzenreitern	Seite 8
Bildung international		Rechtsfragen aus dem pädagogischen Berufsauftrag	Seite 9
Recht		Gewerkschaftstag – Tagungsablauf   Landesfrauenkonferenz	Seite 10
GEW Intern		Kreis Trier und Saarburg   Kreis Kaiserslautern	Seite 11
Kreis + Region		Kreis Altenkirchen: Mitglieder geehrt	Seite 12
Generation 60 +		„Menschen mit reichem inner- und außergewöhnlichem Erfahrungsschatz“ von Anja Dilk	Seite 13
Generation 60 +		Das Land hat's versemmt	Seite 14
Zeitgeist		Gunnar-Günther versteht die Welt nicht mehr von Gabriele Frydrych	Seite 15
			Seite 16

GEW - Zeitungen 2023/24		Impressum	GEW-ZEITUNG Rheinland-Pfalz
Ausgabe	Redaktionsschluss	Herausgeber:	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz
1 - 2 / 24	01.01.24	Direktionshof, Martinistra. 17, 55116 Mainz, Tel.: 06131 28988-0,	Fax: 06131 28988-80, www.gew-rp.de, E-Mail: gew@rp.de
3 / 24	01.02.24	Günter Helfrich (Verantw.) Dr. Paul Schwarz, Antje Pries, Kai Helfrich, Klaus Schabronat	GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz, Postfach 22 01 23, 67023 Ludwigshafen
4 / 24	01.03.24	mi   MARKETING – „WERBLUNG“   Stephanstr. 5   67434 Neustadt	Tel. 06321 86066, www.ibolshauser.de, E-Mail: info@ibolshauser.de
5 - 6 / 24	01.04.24	Druckmedien/Speyer GmbH	Die in den einzelnen Beiträgen wiedergegebenen Gedanken entsprechen nicht in jedem Fall der Ansicht des GEW-Vorstandes oder der Redaktion. Für unverangt eingebrachte Manuskripte oder Zugemalte Daten wird keine Gewalt übernommen.
7 - 8 / 24	01.06.24	Der Bezugssatz:	Im Mitgliedsbeitrag enthalten, für Nichtmitglieder jährlich Euro 38,- inkl. Porto + MWSt. (Besellungen nur beim Herausgeber) Kündigung 3 Monate von Ablauf des Kalenderjahres.
		Redaktionschluss:	Im anderen Falle erfolgt eine stillschweigende Verlängerung um ein weiteres Jahr.

## Gunnar-Günther versteht die Welt nicht mehr

von Gabriele Frydrych

**T**rigger-Warnung: Dieser Text wird allenfalls alte weiße Cis-Frauen und -Männer erfreuen. Bei politisch überkorrekten Menschen könnte er zu unerwünschten Begleiterscheinungen wie Überdruss, plötzlicher Abfall des Humorpegels, Ärger, Übelkeit und Bluthochdruck führen.

„Und dann haben sie mich nach meinem Pronomen gefragt. – Hä? – Ob ich als Mann gelesen werden möchte. – Wie bitte? – Na, ob ich mit dem Geschlecht, das mir bei der Geburt zugewiesen wurde, einverstanden sei. – Ich bin ein Mann, sieht man das nicht, habe ich gesagt, und mein Pronomen? Ich' natürlich – was denn sonst? – Eine Studentin hat gegrinst und leise zu ihrer Nachbarin gesagt: „Typisch alter weißer Cis-Mann.“ – Aber ich habe es trotzdem gehört. – Was ist ein Cis-Mann?“

Ich winke müde ab: „Erklär' ich dir später. Erzähl erst mal weiter!“

Mein alter Schulfreund Günther Müller hat sich damals nach dem Abitur auf eine Faröer Insel abgesetzt. Er wurde dort zu Gunnar Eriksson und lebt mit seinem Rottweiler auf einem alten Leuchtturm. Er verweigert sich dem Fortschritt und schreibt noch mit der Hand. Vermutlich benutzt er zur Kommunikation einen uralten Fernschreiber oder sendet mit seinem Turm Lichtsignale, wenn er etwas braucht. Der Einsatz von Flaschenpost hat sich als nicht so zuverlässig erwiesen. Dass seine Forschungsarbeiten zu Flora und Fauna des hohen Nordens bekannt geworden sind, hat er einem Sozialpädagogen zu verdanken, der ein Jahr auf der Insel verbracht hat. Er sollte dort verhaltensoriginellen Jugendlichen mit Überlebenstraining, Einsamkeit und Holzhüttenbau den rechten Weg weisen.

Der Fachbereich Verhaltensforschung einer Leuchtturm-Universität hat Gunnar zu einem Symposium eingeladen. Er soll der Welt seine bahnbrechenden Untersuchungen vorstellen: „Kommunikationsformen isländischer Wale unter besonderer Berücksichtigung des Nordlanska-Dialekts“.



Gunnar-Günther war ewig nicht mehr in einer Großstadt. Die Uni hat ihm eine junge Betreuerin an die Seite gestellt. Also, er liest sie zumindest als Frau, äh, als Mensch mit Gebärmutter. Sie hilft ihm, sich an den Automaten des öffentlichen Nahverkehrs zurechtzufinden, und zieht ihn von der Straße zurück, wenn sich eine Straßenbahn geräuschlos und heimückisch nähert. Diese junge Frau hat vergeblich versucht, ihm sein neues Smartphone nahe zu bringen. Immerhin weiß er, mit welcher Schnellwahltafel er sie erreichen kann. Und er beherrscht die Funktionen Taschenlampe und Wecker. Seine Betreuerin hat es geschafft, ein paar frühere Schulfreundinnen aufzufindig zu machen. Das war schwierig, weil die Frauen in Gunnars alter Klasse bei Heirat ihren Nachnamen aufgeben mussten. Ich allerdings war leicht zu finden, weil ich meinen schönen Namen („Wie heißen Sie? Früüdrüüch?“) immer be halten wollte.

Gunnar erzählt mir im Biergarten weiter von seinen erstaunlichen Erlebnissen an der Uni: „Bei meinem Vortrag hat mich der Koordinator ermahnt, nicht immer nur von Walen zu sprechen. Es gäbe schließlich auch Walinnen. Dabei hat er so einen komischen Schluckauf eingebaut.“

„Ja, natürlich“, sage ich, „es gibt ja auch Transwale, queere Wale und genderfluide Wale.“ Seit meinem ersten Shitstorm wegen politisch unkorrekter Albernheiten bin ich bestens informiert und sehr vorsichtig!

Gunnar hat beim Symposium über nichtmenschliche Kommunikationsformen interessante semantische Neuheiten gelernt: der Nachtigaller, die Kuckuckin, die Delfin\*in, die Papagei\*in, die Hühnerhabichtin. Seine Zuhörerschaft nahm es missbilligend zur Kenntnis, dass er über einige Neuschöpfungen unwillkürlich lachen musste. „Und dann ist eine Studentin wütend rausgerauscht. Sie fühle sich nicht angesprochen, wenn ich von Wissenschaftlern und Forschern rede.“

Eigentlich sollte Gunnar seinen Vortrag noch an zwei weiteren Universitäten halten. Aber man hat ihn ausgeladen. Vermutlich war sein hilfloser Schlussatz daran schuld: „Früher, als es nur zwei Geschlechter gab, war es irgendwie einfacher.“ //